

# **GRÜNE Antworten**

## **auf Ihre Wahlprüfsteine**

### **zur Landtagswahl Bayern 2023**

**LSVD Bayern (Lesben- und Schwulenverband in Bayern e.V.)**

---

**Kontakt:**

Apel, Markus  
markus.apel@lsvd.de  
015781299395

**Wo wird veröffentlicht:**

Webseite: [www.bayern.lsvd.de](http://www.bayern.lsvd.de)  
Social Media: Instagram, Twitter, Facebook  
Online Newsletter: [verbandsintern](#)

**Frage 1: Werden Sie dafür sorgen, dass in der nächsten Legislaturperiode, auf Basis eines zivilgesellschaftlichen Entwurfs, ein ressortübergreifender Aktionsplan für LSBTIQ\* beschlossen, mit der Zivilgesellschaft umgesetzt und ausreichend sowie langfristig finanziell im Landeshaushalt untersetzt wird?**

**Unsere Antwort:** Wir kämpfen seit langem für einen Bayerischen Aktionsplan für Vielfalt und gegen Diskriminierung von LSBTIQ\*. In vielen parlamentarischen Initiativen seit weit über 10 Jahren hat unsere grüne Landtagsfraktion Verbesserungen für queere Menschen in Bayern eingefordert. Mit dem Antragspaket „Aktionsplan für Bayern“ haben wir Grünen im Landtag zum diesjährigen IDAHOBIT die drängendsten Maßnahmen ausformuliert. In allen Bereichen von Beratung, Gesundheit, Asyl, Bildung, Sport bis Sicherheit muss gehandelt werden. Bayern braucht eine Regierung, die geschlossen und im Schulterschluss mit der Community einen Aktionsplan

ausarbeitet und umsetzt. Das Antragspaket wurde von der Regierungskoalition im behandelnden Ausschuss abgelehnt.

Im Staatshaushalt haben wir regelmäßig Mittel für Queerpolitik eingefordert. Durch massiven Druck – nicht zuletzt durch die von uns durchgesetzte Sachverständigenanhörung – ist es 2020 erstmals gelungen, einen Haushaltstitel für ein queeres Unterstützungs- und Beratungsnetzwerk zu schaffen. Ein echter Aktionsplan setzt allerdings eine viel umfassendere Förderung voraus.

**Frage 2: Wie wollen Sie queerfeindlicher Gewalt effektiver entgegenwirken und werden Sie sich dafür einsetzen, dass Bayern ein Landesantidiskriminierungsgesetz bekommt, sowie die Verfassung um den Artikel 118b erweitert wird, der Diskriminierung aufgrund der sexuellen/geschlechtlichen Identität untersagt?**

**Unsere Antwort:** Queerfeindliche Gewalt nimmt stetig zu. Die registrierten Fälle sind binnen der letzten 12 Jahre in Bayern auf das Achtfache explodiert. Andere Bundesländer reagieren darauf mit Ansprechpersonen für Opfer queerfeindlicher Delikte bei der Polizei, um Vertrauen zu fördern und die Anzeigebereitschaft zu erhöhen. Gleichzeitig wollen wir das immense Dunkelfeld mit einer landesweiten Studie ausleuchten.

2022 hat unsere grüne Fraktion ein Landesantidiskriminierungsgesetz in den Landtag eingebracht, das auch den Schutz der sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität sichert. Es wurde von CSU und Freien Wählern abgelehnt. Die Ergänzung der Bayerischen Verfassung und des Grundgesetzes in den entsprechenden Antidiskriminierungsparagrafen um die geschlechtliche Identität und sexuelle Orientierung verfolgen wir mit Nachdruck.

**Frage 3: Welche Schritte planen Sie, um dafür zu sorgen, dass die assistierte Reproduktion und weitere Leistungen der Fortpflanzungsmedizin allen Menschen unabhängig von Familienstand, sexueller Orientierung oder geschlechtlicher Identität offenstehen?**

**Unsere Antwort:** Im grünen Antragspaket vom Mai 2023 fordern wir eine Unterstützung von Kinderwünschen explizit auch für queere Paare, bei denen eine Person ein Kind bekommen kann. Dieses Ziel verfolgen wir weiterhin und werden dafür kämpfen, dass es in einem Bayerischen Aktionsplan für Vielfalt seinen Platz findet.

**Frage 4: Wie wollen Sie eine verpflichtende Qualifizierung pädagogischer Fachkräfte im Bereich sexueller und geschlechtlicher Vielfalt und einen Ausbau queerer Bildungsarbeit in der Schul- und Erwachsenenbildung sicherstellen, beispielsweise in Form einer Landeskoordinierungsstelle?**

**Unsere Antwort:** Bildung ist der Schlüssel, um Akzeptanz von Vielfalt frühestmöglich zu vermitteln. LSBTIQ\* müssen in der Aus- und Weiterbildung von Pädagog\*innen und Sozialarbeiter\*innen an Schulen einen festen Platz haben. Wir werden die nötigen und verpflichtenden Module zur Fachkräftefortbildung gemeinsam mit der Community entwickeln und ausbauen. Zur Unterstützung von Lehrkräften, die oft am Rande der Belastbarkeit arbeiten, wollen wir zudem Aufklärungsprojekte, auch peer-2-peer-Angebote, staatlich fördern und flächendeckend an die Schulen bringen. Die direkte Begegnung mit der Community ist die nachhaltigste Form der Akzeptanzförderung. Eine Landeskoordinierungsstelle für Bildungsfragen im Bereich LSBTIQ\* und anderer Gruppen begrüßen wir.

**Frage 5: Wie wollen Sie LSBTIQ\*-Geflüchtete in ganz Bayern vor Hassgewalt und Anfeindungen in und um Unterkünfte schützen und befürworten Sie einen Ausbau LSBTIQ\*-spezifischer Landesunterkünfte sowie eine Überarbeitung des Landesgewaltschutzkonzepts?**

**Unsere Antwort:** Der Ausbau dezentraler Unterkünfte, explizit für LSBTIQ\*-Geflüchtete und in enger Anbindung an die Community, ist der Schlüssel zum Schutz queerer Geflüchteter. In enger Zusammenarbeit mit den Kommunen werden wir die Zahl der Plätze massiv ausbauen. Die Verlegung muss queeren Geflüchteten aktiv angeboten werden, statt wie bisher erst auf Gewalt oder Diskriminierungsfälle zu reagieren. Hierzu ist eine Sensibilisierung und Weiterbildung für alle in Asylunterkünften arbeitenden Menschen notwendig.

Das Landesgewaltschutzkonzept ist unserer Ansicht nach nicht ausreichend. Es gibt zu wenige Gewaltschutzkoordinierende für zu viele Unterkünfte. Hier ist neben einer Personal-Aufstockung eine angemessene Aus- und Weiterbildung zum Thema LSBTIQ\* entscheidend.

Für uns ist klar: Wer aufgrund seiner sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität vor Gewalt und Bedrohung flieht, darf in einem sicheren Land nicht erneut Gewalterfahrungen machen.

**Frage 6: Wie wollen Sie dafür sorgen, dass LSBTIQ\* flächendeckend bedarfsgerechte Unterstützungs- und Beratungsangebote erhalten, diese finanziell besser ausgestattet und insbesondere trans\*, intergeschlechtliche und nicht-binäre Jugendliche im Aufwachsen gestärkt werden?**

**Unsere Antwort:** Es ist nicht zuletzt der im Landtag von uns Grünen durchgesetzten Sachverständigenanhörung zum Thema „Queeres Leben in Bayern“ zu verdanken, dass zum ersten Mal in der Geschichte des Freistaats Fördermittel explizit für queere Beratung im Haushalt festgeschrieben wurden. Die bisherige Förderung reicht allerdings für eine flächendeckende Versorgung bei weitem nicht aus.

Wir werden leistungsstarke Beratungszentren in allen Regierungsbezirken angedockt an der Community aufbauen. Unser Ziel ist, dass diese in allen Landkreisen Beratung und Unterstützung

anbieten können, gerade auch für trans\*, inter und non-binäre Jugendliche. Zusätzlich werden wir auch bestehende staatliche Beratungsstrukturen für Familien zum Thema LSBTIQ\* weiterbilden.

Das „Queere Netzwerk Bayern“ werden wir als zivilgesellschaftlichen Zusammenschluss queerer Initiativen weiter ausbauen. Die enge Verzahnung von Beratungsangeboten mit der Community, mit Jugend- und Selbsthilfegruppen, ist ein wichtiger Schlüssel für den nachhaltigen Erfolg von Unterstützungsangeboten.

Wir werden neue geförderte Beratungsstellen finanziell besser ausstatten und die Finanzierung verstetigen, um dem Mitarbeitenden Planungssicherheit und eine Perspektive zu geben.

**Frage 7: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass es in der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien (BLM) sowie im Rundfunkrat des Bayerischen Rundfunks (BR) in der neuen Legislaturperiode jeweils eine LSBTIQ\*-Selbstvertretung gibt?**

**Unsere Antwort:** Einen Sitz für LSBTIQ\* im Rundfunk- und Medienrat hat unsere Grüne Fraktion im Landtag bereits beantragt. Der Antrag wurde abgelehnt. Für uns ist nach wie vor klar, dass eine Vertretung der Vielfalt in der bayerischen Gesellschaft überfällig ist. Die meisten öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten haben bereits LSBTIQ\*-Vertreter\*innen in ihren Kontrollgremien. Das gleiche gilt für die entsprechenden Medienräte der Landesmedienanstalten. Die jetzige Regierung hinkt viele Jahre hinterher und ignoriert die gesellschaftliche Realität. Mit uns werden das Bayerische Rundfunkgesetz und das Bayerische Mediengesetz entsprechend geändert.

**Frage 8: Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um die körpermedizinische, psychotherapeutische und psychiatrische Versorgung für LSBTIQ\* in Bayern zu verbessern, Versorgungslücken zu schließen, Gesundheitspersonal zu sensibilisieren, sowie Zugangsbarrieren und Diskriminierung abzubauen?**

**Unsere Antwort:** Beratung, insbesondere psychologische, ist besonders für trans\* und inter\* Menschen von enormer Bedeutung. Aktuell warten Menschen in einer extrem vulnerablen Phase ihres Lebens mitunter weit über ein Jahr auf eine professionelle Erstberatung. Das darf so nicht bleiben. Grund dafür ist unter anderem, dass noch immer die wenigsten Therapeut\*innen Erfahrung mit LSBTIQ\* haben, da die Thematik nicht Teil der Ausbildung ist. Hier müssen Freistaat und KVB gemeinsam eine Lösung erarbeiten, um niederschwellige, barrierefreie und schnelle, flächendeckende Angebote zu schaffen. Diese Angebote müssen auf Wunsch auch online und anonym zugänglich sein.

Auch körpermedizinisch konzentriert sich die Versorgung von queeren Menschen auf Großstädte, insbesondere München. Beispielsweise finden sich hier 40% aller HIV-Schwerpunktpraxen und der Praxen mit PrEP-Zulassung. In Ost- und Nord-Ost-Bayern müssen Patient\*innen hingegen teilweise drei Stunden mit Bus oder Bahn einplanen, um die nächstgelegene Praxis zu erreichen.

Die Studie „Queeres Leben in Bayern“ von 2020 macht deutlich, dass der Gesundheitssektor zu den Bereichen gehört, in denen queere Menschen am häufigsten Diskriminierung erfahren. Im gesamten medizinischen Bereich, von der Altenpflege bis zur stationären medizinischen Betreuung, muss daher für den Umgang mit LSBTIQ\* sensibilisiert werden.